

Sprachpolitik in Jugoslavien und welche Erfahrungen Europa daraus gewinnen kann*

Snježana Kordić

1. Einleitung

Der Anfang der 90er Jahre zerfallene Vielvölkerstaat Jugoslavien wies in seinem Aufbau und in seinen Sprachregelungen eine Reihe von Parallelen zur Europäischen Union auf. Da bei seinem Zusammenbruch ein unfriedenstiftender Umgang mit verschiedenen Sprachen als einer der wichtigsten Gründe für den staatlichen Separatismus genannt wurde, können Einblicke in die Sprachpolitik Jugoslaviens nützliche Informationen für die Sprachpolitik der Europäischen Union liefern.

2. Sprachregelungen in Jugoslavien

Bekanntlich bestand die vormalige Sozialistische Föderative Republik Jugoslavien aus den Republiken Slovenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Makedonien und den innerserbischen Autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo.

Die Bevölkerung wurde in die Angehörigen der verschiedenen Nationen und ethnischen Gemeinschaften eingeteilt. Die deutliche Unterscheidung der Begriffe *Nation* und *Staat* war eine der Grundlagen des jugoslawischen Systems (Blum 2002: 29). Ein Denken in nationalen bzw. ethnischen Kategorien war durch das System festgeschrieben worden, obwohl Jugoslavien die Überwindung der nationalen Problematik proklamiert hatte (vgl. mehr dazu Mappes-Niediek 2005: 63-89).

In Jugoslavien wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Sprachen gesprochen, von denen 14 in offiziellen Dokumenten und sonstiger öffentlichen Kommunikation gebraucht wurden. Ihr zahlenmäßiges Verhältnis sah so aus: Serbokroatisch (mit der kroatischen, serbischen, bosnischen und montenegrinischen Variante) 73%, Slovenisch 8%, Albanisch 8%, Makedonisch 6%, Ungarisch 2%, Romani 0,6% und jeweils unter 0,5% Türkisch, Slovakisch, Rumänisch, Bulgarisch, Russinisch, Italienisch, Tschechisch, Ukrainisch (Blum 2002: 33).

* Referat, gehalten auf der internationalen Tagung der Stiftung Wissenschaft und Politik & FU Berlin „Sprachliche Vielfalt in politischer Einheit? Mehrsprachigkeit in Europa als Zankapfel oder Bindeglied“ am 26.-27. November 2008 in Berlin.

Auf Föderationsebene wurde nicht eine einzige Sprache als Amtssprache festgeschrieben, sondern die Gleichberechtigung der Sprachen der Völker Jugoslawiens, der freie Gebrauch der Sprache sowie das Recht auf Unterricht in den verschiedenen Sprachen garantiert. Die Entscheidung über Amtssprachen wurde den Verfassungen der Teilrepubliken und Autonomen Provinzen überlassen (Gak 1989: 122; Blum 2002: 47-48; Gröschel 2003: 160-161). So war die Sprachpolitik ein Bereich, in dem sich der Föderalismus in Jugoslawien besonders deutlich manifestierte (Blum 2002: 59). Jede Teilrepublik und Autonome Provinz hatte je nach Zusammensetzung der Bevölkerung mehrere offizielle Sprachen. Beispielsweise hatte die innerserbische Autonome Provinz Kosovo vier offizielle Sprachen - Albanisch, Serbokroatisch, Türkisch und Romani; die innerserbische Autonome Provinz Vojvodina fünf - Serbokroatisch, Ungarisch, Slowakisch, Rumänisch und Russinisch (Gak 1989: 122; Blum 2002: 65).

Medien und Bildungswesen waren in sprachlicher Hinsicht äußerst demokratisch organisiert: In Zeitungen, Radio und Fernsehen wurden 16 Sprachen verwendet (Blum 2002: 81); der Unterricht an Schulen fand in 14, an Universitäten in 9 Sprachen statt (Gak 1989: 123; Blum 2002: 73-79).

Sprachregelungen waren in Jugoslawien demokratisch: Der Bürger hatte das Recht, sich in Gerichtsverfahren und in allen staatlichen und selbstverwalteten Organen und Organisationen seiner eigenen Sprache zu bedienen. Gesellschaften und Vereine konnten sich in einer der Amtssprachen der jeweiligen Teilrepublik an Bundesinstanzen wenden und erhielten die Antwort in derselben Sprache (Gak 1989: 122). Bundesgesetze erschienen in drei Varianten des Serbokroatischen, auf Slovenisch, Makedonisch, Albanisch und Ungarisch. Im Bundesparlament waren diese Sprachen in mündlicher und schriftlicher Form zugelassen, wobei Dolmetschen und Übersetzen gewährleistet waren. Internationale Verträge konnten auf Serbokroatisch, Slovenisch oder Makedonisch geschlossen werden, danach wurden Kopien in allen drei Sprachen angefertigt. In der Armee war die Kommando- und Instruktionssprache Serbokroatisch, die kulturelle und politische Ausbildung konnte jedoch in der jeweiligen Muttersprache der Soldaten stattfinden (ebd.: 123). Die letzte Bundesverfassung von 1974 bestimmte, dass allerdings im Kommandowesen territorialer Armeeeinheiten eine der Sprachen der Völker Jugoslawiens verwendet werden konnte, d.h. nicht nur Serbokroatisch sondern auch Slovenisch und Makedonisch (Gröschel 2003: 161).

All dies zeigt, dass man sich in Jugoslawien bemüht hat, die Hegemonie einer Sprache zu vermeiden (Greenberg 2001: 23) und Konfliktpotentiale durch gesetzliche Regelungen zu entschärfen (Blum 2002: 55). Auf internationalen Kongressen zu Minderheitenrechten erregte Jugoslawien regelmäßig bei allen Teilnehmern großen Neid wegen seiner beispielhaften Regelungen (Mappes-Niediek 2005: 64). Die Sprachenpolitik des vormaligen Jugoslawien gegenüber Sprachminoritäten gilt heute noch im europäischen Vergleich als vorbildlich (Gröschel 2009: 72; Busch 2004: 59).

3. Was die gesetzliche Gleichberechtigung von Sprachen nicht leisten kann

Die juristische Gleichberechtigung kann jedoch die tatsächliche Ungleichheit in Verbreitung, Prestige usw. zwischen den einzelnen Sprachen nicht aufheben. So war in Jugoslawien Serbokroatisch die Muttersprache von 73 Prozent der Bevölkerung und deshalb - obwohl keine offizielle Staatssprache - funktionierte es in der Praxis als *lingua franca* (Gak 1989: 123). In diesem Sinne dominierte es die anderen Sprachen. Eine andere Praxis ist jedoch nicht zu realisieren, wenn in einer politischen Einheit die große Mehrheit eine Sprache spricht; vgl. die Dominanz des Englischen in den USA, des Italienischen in Italien, des Spanischen in Spanien usw.

Serbokroatisch war also die größte und prestigereichste Sprache in Jugoslawien, infolgedessen wurde es von den meisten Muttersprachlern der anderen Sprachen in Jugoslawien erlernt. Die kleineren Sprachen dagegen wurden als Zweitsprachen kaum erlernt: „In Jugoslawien wie Indien war und ist bei Sprechern der unterschiedlichen Sprachen die (verständliche) Tendenz und der Wille festzustellen, die Sprachen zu lernen, die als nützlich und prestigereich gelten. Das bedeutet, dass in Jugoslawien die Sprecher des Serbokroatischen Englisch, Deutsch oder Russisch lernten, aber kaum andere Sprachen Jugoslawiens“ (Blum 2002: 76).

Dies war einer der Gründe, warum 1965 die slovenischen Kommunisten für eine Stärkung des Slovenischen und gegen den dominanten Einfluss des Serbokroatischen eintraten (ebd.: 103-104). Die Diskussion über die Sprachenverhältnisse verstummte seitdem nicht mehr.

Unterschiede in Sprecheranzahl und Prestige bestanden nicht nur zwischen dem Serbokroatischen und den anderen Sprachen Jugoslawiens, sondern innerhalb der serbokroatischen Sprache selbst, da sie von mehreren Nationen gesprochen wurde und dabei national bedingte Sprachunterschiede bestanden. Somit gehörte Serbokroatisch zu den Sprachen, die mehrere Zentren und nationale Varianten (Varietäten) aufweisen und in der Linguistik als plurizentrische (polyzentrische) Standardsprachen bezeichnet werden. Fast alle größeren europäischen und viele nichteuropäische Sprachen sind plurizentrisch, z.B. Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Malaiisch, Arabisch. Dieser Sprachtyp wird folgendermaßen definiert: „Plurizentrische Sprache. Sprache mit mehreren nationalen ‘Zentren’, die jeweils unterschiedliche Standardvarietäten ausbilden: Die (vorwiegend lexikalischen und phonetisch-phonologischen) Unterschiede sind zwar deutlich ausgeprägt, rechtfertigen jedoch nicht den Ansatz einer eigenen Sprache. Beispiele sind die national unterschiedlichen Ausformungen des Englischen oder des Deutschen“ (Bußmann 2002: 521-522).

Alle Varianten einer plurizentrischen Sprache sind grundsätzlich gleichrangig (Ammon 1995: 496), aber sie sind in Verbreitung und Prestige nicht gleich und können auch nicht per Gesetz gleich gemacht werden. Beispiele dafür sind unter vielen anderen die verschiedenen nationalen Varianten der deutschen Sprache, deren Unterschiede in Prestige und folglich in Dominanz auf außer-

sprachliche Differenzen zurückzuführen sind: „Deutschland hat ungefähr 10mal so viele Einwohner wie Österreich und 19mal so viele wie die deutschsprachige Schweiz, und das Bruttosozialprodukt Deutschlands war 1991 9,6mal so groß wie dasjenige Österreichs und 10,6mal so groß wie das der deutschsprachigen Schweiz“ (ebd.: 484). Größeres Prestige der deutschen Variante äußert sich u.a. im stärkeren Import von Wörtern aus Deutschland als aus der Schweiz und aus Österreich und in der verbreiteten Vorstellung von der sprachlichen Dominanz der deutschen Variante (ebd.: 484-495). Diese Asymmetrie wurde von deutscher Seite nicht durch gezielte Sprachpolitik angestrebt. Sie ist vielmehr die Auswirkung ungleicher Größe und Wirtschaftskraft Deutschlands, Österreichs und der Schweiz (ebd.: 496). Derartige Asymmetrien zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Zentren einer plurinationalen Sprache finden sich vermutlich in allen Fällen dieses Sprachtyps (ebd.: 497).

Prestigeverhältnisse können sich ändern: „Wenn der skizzierte Kausalzusammenhang zwischen Wirtschaftskraft und sprachlicher (oder kultureller) Dominanz tatsächlich besteht, dann muß sich eine sprachliche Dominanzbeziehung sogar umkehren, wenn die wirtschaftlichen Gewichte der Zentren ein umgekehrtes Größenverhältnis entwickeln. Dies läßt sich tatsächlich, zumindest in Ansätzen, am Beispiel Portugals feststellen, das früher Brasilien sprachlich dominiert hat, wo sich aber in letzter Zeit eine eher umgekehrte Dominanzrichtung zeigt [...]. Ein noch deutlicherer Fall ist Großbritannien, dessen einstmals sprachlich dominante Stellung gegenüber den USA sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts unübersehbar ins Gegenteil verkehrt hat“ (ebd.: 496-497).

Beim Serbokroatischen gab es doppelt so viele Muttersprachler der serbischen Variante als der kroatischen (Gröschel 2009: 38). Zudem lag die Hauptstadt Jugoslawiens im Verbreitungsgebiet der serbischen Variante – beides machte die serbische Variante zur prestigereichereren. Diese Asymmetrie ist also nicht durch die Sprachpolitik entstanden. Im Gegenteil, die jugoslawische Sprachpolitik ermöglichte es, dass in allen Zeitungen, Lehrbüchern, literarischen Werken, Grammatiken und weiteren kodifizierenden Büchern sowie in Rundfunk- und Fernsehsendungen in Kroatien die kroatische Variante verwendet wurde.

Nichtsdestotrotz beklagten 1967 kroatische Intellektuelle – bald nach den schon erwähnten Protesten der slovenischen Kommunisten von 1965 – die Dominanz der serbischen Variante gegenüber der kroatischen. Auch diese Diskussion verstummte seitdem nicht mehr. In Anlehnung an die kroatischen zeigten sich montenegrinische Intellektuelle mit dem Status der montenegrinischen Variante unzufrieden. Die Medien griffen das Thema auf, und bis heute wird in den kroatischen, montenegrinischen und slovenischen Medien das Bild von einer ungerechten Sprachpolitik in Exjugoslavien verbreitet. Diese Darstellung in Medien scheint wichtiger zu sein als die Tatsache, dass die jugoslawischen Sprachregelungen demokratisch waren und für eine Gleichberechtigung der Sprachen und Varianten sorgten.

Selbst in Publikationen der kroatischen Intellektuellen, die am lautesten eine mangelnde Gleichberechtigung der kroatischen Variante beklag(t)en, findet man Angaben, die ihrer These widersprechen. Beispielsweise behauptet

Stjepan Babić (2004: 161), die jugoslawische Sprachpolitik sei auf Kosten der kroatischen Variante serbisch-unitaristisch gewesen; andererseits stellt er fest (ebd.: 85), dass die kroatische Variante tatsächlich gleichberechtigt war und dass dies „in der Tat anerkannt ist: a) durch die Veröffentlichung der Verfassung in vier Sprachen, b) durch die Veröffentlichung des Regierungsblattes der SFRJ in vier Sprachen, c) durch Bezeichnungen in vier Sprachen auf den Geldscheinen, d) durch die Anfertigung von Pässen und ähnlichen Ausweisen/Dokumenten in vier Sprachen. Somit ist die kroatische Variante tatsächlich anerkannt und tatsächlich gleichberechtigt mit der serbischen und mit der slovenischen und makedonischen Standardsprache“. Dass Einsichtnahmen in jugoslawische Publikationen von 1954 bis 1970 die These vom Sprachunitarismus nicht stützen, belegt Kordić (2006a).

4. *Gegenwärtiger Status der serbokroatischen Sprache*

Der Status des Serbokroatischen ist bis heute ein politisch brisantes Thema in den südslawischen Ländern Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro.

Bekanntlich diente die Religion in der Phase der Nationalbewegungen bis 1914 als Unterscheidungsmerkmal zwischen Kroaten und Serben, weil die Sprache diese Funktion nicht leistete (Behschnitt 1980: 245). Auch danach bleibt Serbokroatisch „in sich nicht mehr unterschieden als das amerikanische vom britischen Englisch“ (Lemberg 1964 I: 155). Aus diesem Grund gilt: „Bestimmte Nationen wie zum Beispiel die Serben, Kroaten und Bosnier sind fast nur durch ihre Religion (oder ihre verlorene Religion) voneinander abzugrenzen und unterscheiden sich sprachlich oder ‚rassisch‘ so gut wie gar nicht von den Nationen, mit denen sie sich in Konflikt befinden“ (Gellner 1999: 129).

Seit der Entstehung der Nachfolgestaaten Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre nennen die Serben ihre Sprache *serbisch*, die Kroaten *kroatisch*, obwohl sich beide Varianten nicht wesentlich voneinander unterscheiden (Mattusch 1999: 74). Zur Frage der Identität der muslimischen Gruppen in verschiedenen Regionen Bosniens wird angemerkt (Miedlig 1994: 42): „Allen Gruppen ist gemeinsam, daß die Sprache nicht als Abgrenzungsmittel und nicht als besonderer kultureller und volksgruppenintegrierender Faktor in Frage kommt, da sie derjenigen der Kroaten und Serben in allen wesentlichen Punkten gleicht“.

In Bosnien-Herzegowina kann ein und dieselbe Variante des Serbokroatischen den Namen *bosnisch*, *serbisch* oder *kroatisch* tragen. Die unterschiedlichen Bezeichnungen beruhen nicht auf sprachlichen Kriterien, sondern einzig auf der nationalen Zugehörigkeit des Sprechers (Mappes-Niediek 2005: 30). Obwohl von Vertretern der drei Nationen das Gegenteil behauptet wird, besitzen sie bis heute eine gemeinsame Sprache, die sie jeweils *bosnisch*, *serbisch* oder *kroatisch* nennen (ebd.).

Damit geben sich vor allem Sprachpolitiker in Kroatien nicht zufrieden: „Das Serbokroatische wird von eifrigen Sprach-Politikern und Polit-Linguisten aufgrund linguistischer Minidifferenzen in getrennte Nationalsprachen – in Kroatisch, Serbisch, Bosnisch etc. etc. – auseinanderdividiert. Unbedeutende lexikalische Differenzen (wie etwa die zwischen Fleischer und Metzger im Deutschen) oder die Verschiedenheit von kyrillischen und lateinischen Buchstaben sind solche kleinen linguistischen Unterschiede, die zu symbolischen Abgründen dramatisch vergrößert werden“ (Eschbach u.a. 1996: 391). Dieser Vorgang bestätigt eine allgemeine Feststellung Ammons (2000: 523): National bedingte Sprachunterschiede „entwickeln sich nicht einfach naturwüchsig, sondern werden in beträchtlichem Maße gemacht, und zwar größtenteils zielbewußt, von Personen, die dabei durchaus bestimmte Interessen verfolgen“. Insofern gilt für die aktuelle Sprachpolitik gegenüber der serbokroatischen Sprache Folgendes: „Diese Sprachpolitik gegenüber der serbokroatischen Standardsprache zeigt auf höchst anschauliche Weise, wie gesellschaftliche Schlüsselpositionen im Bereich der Medien und des Bildungsbereichs dazu genutzt werden, diejenige kulturelle Differenz überhaupt erst zu schaffen, auf die sich politische Akteure berufen und schließlich ihre Macht stützen“ (Riedel 2005: 63).

Ungeachtet dieser Sprachpolitik sind Unterschiede zwischen den Varianten des Serbokroatischen weiterhin vergleichbar mit denen zwischen dem amerikanischen und britischen Englisch (Sofos 1996: 277). Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Status des Serbokroatischen gehen Politik und Linguistik deutlich auseinander, da Sprachwissenschaftler in der Regel nachweisen, dass es sich um eine Sprache handelt, während Regierungen und offizielle Vertreter der diese Sprache sprechenden Nationen behaupten, es handele sich um mehrere Sprachen (Spolsky 2004: 155).

5. *Politisierung der Sprachenfrage in den Beziehungen zur Europäischen Union*

Das Thema *Sprache* dient gegenwärtig vor allem in Kroatien als Vorwand, um eine negative Einstellung zur Europäischen Union in der Bevölkerung zu formieren. Besonders die Kroatische Akademie der Wissenschaften und Künste nutzt die Medien, um derartige Haltungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten. In einer Erklärung der Kroatischen Akademie der Wissenschaften und Künste unter dem Titel „Položaj hrvatskoga u europskim integracijama“ (‘Die Lage des Kroatischen in europäischen Integrationen’), die am 30.5.2007 von der Kroatischen Nachrichtenagentur HINA verbreitet wurde, heißt es: „Wir sollten uns entschieden dem Versuch widersetzen, im Namen einer ‚europäischen Freiheit für alle Völker‘ die Kroaten erneut in das Joch einer ‚gemeinsamen und einheitlichen Sprache‘ zu zwingen“; in der EU erwarte die Kroaten eine sprachliche „Zwangsehe“, „ein hemmungsloser Sprachunitarismus“, den „das sogenannte freie Europa“ „aufzwingen“ möchte und vor dem man „zittert“. Die gleichen

Absichten, welche die Kroatische Akademie früherer Belgrad zugeschrieben hat, schreibt sie jetzt Brüssel zu; die gleiche Feindseligkeit, die sie früher gegenüber Belgrad aufgebaut hat, baut sie jetzt gegenüber Brüssel auf.

6. *Nationale Identität und Sprache*

Das Thema *Sprache* wurde in Jugoslawien und wird in den Nachfolgestaaten politisiert, weil man davon ausgeht, dass jede Nation eine eigene Sprache haben müsse, um als Nation gelten zu können und ein Anrecht auf einen Nationalstaat zu erlangen. Es fällt auf, dass auf dem ganzen Balkan *Sprache* oft als Synonym zu *Nation* gebraucht wird, obgleich den Fachleuten bekannt ist, dass diese beiden Begriffe nicht deckungsgleich sind (Richter Malabotta 2004: 81). Ethnische Identität wird unbegründet auf Sprache übertragen (Riedel 2005: 63).

Obwohl sich in der Südslavia Sprache und Ethnos nachweislich nicht decken (Altermatt 1996: 123), ist selbst in Fachkreisen der südslawischen Länder die gegenteilige Annahme verbreitet, z.B. unter Mitgliedern der Kroatischen Akademie der Wissenschaften. Der Grund dafür liegt in Folgendem: „Schon vor dem Ende des Ost-West-Gegensatzes im Jahre 1989 stützten sich Identitätspolitikern der sozialistischen Systeme Südosteuropas auf kulturelle Faktoren wie Sprache und Religion. So bezogen die alten Staats- und Parteichefs die Legitimation ihrer politischen Macht zunehmend aus Mythen ihrer Nationalgeschichte, die vornehmlich das Modell einer Abstammungs- und Sprachgemeinschaft bemühten. Die zur Bestätigung dieser Thesen dienliche Forschung wurde nicht nur gefördert, sondern hatte vor dem Systemwechsel in den betreffenden Ländern oftmals eine solch dominante Stellung, daß sie bis heute tiefe Spuren im Wissenschaftsbetrieb der Transformationsstaaten hinterlassen hat“ (Riedel 2005: 316).

Die politischen Eliten in Südosteuropa bevorzugen eine Identitätspolitik, die immer noch auf Abstammungsmythen, Sprache und Religion beruht. Zur Realisierung eigener Interessen instrumentalisieren sie das Thema *Sprache* und produzieren diesbezüglich Konflikte. Im Fall der Varianten des Serbokroatischen zeigt sich, dass sprachliche Unterschiede zwischen Nationen weder groß noch auffällig sein müssen, um einen Konflikt auszulösen. Ob der Unterschied groß und objektiv betrachtet bedeutsam ist, scheint unwesentlich zu sein (Mappes-Niediek 2005: 63).

7. *Fazit*

In einem starken Gegensatz zu den geschilderten Identitätspolitikern in Südosteuropa steht die Erkenntnis - die mittlerweile zum Bestandteil aller modernen Theorien über nationale Identitäten geworden ist -, dass nationale

Identitäten durch Diskurs gezielt konstruiert werden und ständigem Wechsel unterliegen (Howard/Gill 2001: 89). Dieser konstruktivistische Ansatz „nimmt Abschied vom essentialistischen Kulturbegriff, der die kulturellen Faktoren wie z.B. Sprache und Religion als Konstanten oder bestenfalls als unabhängige Variablen der politischen Kultur einer Gesellschaft betrachtet“ (Riedel 2005: 313). Der neue Ansatz zeigt, dass Herkunft, Sprache und Religion keine objektiven Gegebenheiten sind, die eine Gruppe von Menschen unaufhebbar und schicksalhaft miteinander verbinden, sondern ein Instrument der Politik zur Durchsetzung bestimmter Ziele. Wie Herkunft, Sprache und Religion von den Menschen gesehen und bewertet werden, ist das Ergebnis von Entscheidungen der Eliten, die eine bestimmte Sicht vorgeben und durch politische Maßnahmen und über die Medien verstärken oder umlenken.

Es wäre eine wichtige Bildungsaufgabe, in Südosteuropa das Mysterium der angeblich objektiven und essentiellen Merkmale ethnischer Gemeinschaften bzw. Identitäten zu entzaubern (ebd.: 31). Eine Bildungsanstrengung ist erforderlich, mit neuen Materialien zum Geschichtsunterricht und neuen Lehrbüchern, die sich vom Mythos einer Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft lösen.

In einem Konfliktfall nämlich, in dem sich die Parteien auf ihre jeweiligen Kulturidentitäten berufen: kann es „keinen rationalen Ausweg in Form eines Kompromisses geben. Denn jede Seite hält an den als objektiv und unverrückbar geltenden Tatsachen über die eigene Herkunft, Geschichte, Sprache oder Religion fest, um eigene politische Forderungen zu rechtfertigen und die der Gegenseite in Abrede zu stellen. Eine Lösung wird nur dann möglich, wenn die Konfliktparteien die kulturellen Differenzen hintan stellen und sich wieder auf ihre gemeinsamen politischen oder wirtschaftlichen Interessen besinnen, die vertraglich gestaltbar sind und dies im Interesse einer friedlichen Entwicklung auch bleiben müssen“ (ebd.: 20).

In Jugoslawien „wurde viel getan und investiert, um die Sprachenvielfalt zu erhalten: Ausbau eines vielsprachigen Schulwesens, Publikationen aller Art, Fernseh- und Radioprogramme, Forschung etc. Die Mängel lagen weniger im Umgang mit einzelnen Sprachen als im Staats- und Gesellschaftssystem selbst, das den Abbau von Spannungen zwischen einzelnen Gruppen verhinderte“ (Blum 2002: 169). So waren auch die Probleme, die zwischen den Varianten des Serbokroatischen entstanden, eine Begleiterscheinung dieses Systems (ebd.).

Für die Europäische Union zeigt die Geschichte Jugoslawiens, dass eine auf Gruppen basierende Staatskonstruktion ein großes Konfliktpotential in sich birgt (Mappes-Niediek 2005: 192). Diese Erfahrung ist wichtig, da die Europäische Union in ihrem Aufbau und ihren Bemühungen, eine ethnische und kulturelle Gleichberechtigung aller Gruppen zu schaffen, dem untergegangenen Jugoslawien sehr ähnelt.

Bei Rechten von Nationalitätengruppen erreichte Jugoslawien als einziges Land auf der Welt das höchste überhaupt mögliche Niveau (ebd.: 18) und pflegte eine demokratisch vorbildliche Sprachpolitik. Aber die Gesetzgebung kann nicht kleine Sprachen groß und große Sprachen klein machen. Sie kann auch

nicht die Unterschiede in ihrem Prestige ändern. Somit bleibt immer ein Grund zur Klage bezüglich der jeweiligen Sprachenverhältnisse, der sich für politische Zwecke instrumentalisieren lässt und für staatlichen Separatismus ausgenutzt werden kann. Selbst wenn es sich nicht um verschiedene Sprachen handelt, kann das Thema *Sprache* als Vorwand für das gleiche Ziel dienen. Wie groß oder wie klein die Sprachunterschiede sind, ist unerheblich, denn entscheidend ist, ob sie von Politikern und in den Medien als wichtig und als ungerecht behandelt dargestellt werden. Inwieweit die jeweiligen Sprachgesetze demokratisch und gerecht sind, ist ebenfalls weniger wichtig als in welchem Maße dies von Politikern und von den Medien suggeriert wird.

Für den Zusammenhalt der Europäischen Union wäre es nützlich, wenn in der Politik und in den Medien ihre Mitgliedstaaten immer weniger als nationale Gruppierungen und immer mehr als Bürgergemeinschaften aufgefasst würden. Auf diese Weise würde man den Nationalismus schwächen, der bekanntlich zu staatlichem Separatismus führen kann. Und wenn es weniger Nationalismus gibt, gibt es auch weniger Versuche, das Thema *Sprache* für separatistische Bestrebungen auszunutzen.

Darüber hinaus könnte man entgegen dem national orientierten Populismus in der Politik zugeben, dass die vielen Sprachen der europäischen Länder nicht unbedingt ein Vorteil für die EU und ihre Bevölkerung sind. Denn selbstverständlich wäre es besser, wenn alle europäischen Länder eine gemeinsame Sprache sprächen. Da dem nicht so ist, sind in der EU offiziell alle Sprachen gleichberechtigt. In der Praxis funktioniert jedoch Englisch als *lingua franca*, was positiv zu bewerten ist, zumal Englisch die gleiche Funktion weltweit hat.

Die Entscheidung, welche Fremdsprachen zu erwerben sind, trifft jeder Bürger in Abhängigkeit von eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten wie auch vom Prestige der jeweiligen Sprache, von Chancen auf dem Arbeitsmarkt, von touristischen Möglichkeiten und ähnlichem. Diese Entscheidung wird weniger von der gesetzlichen Gleichberechtigung der Sprachen beeinflusst. Das Beispiel Jugoslaviens bestätigt „die Tatsache, dass Sprachen (in ihrem Prestige, ihrer Erlernbarkeit etc.) nicht gleich sind und auch per Gesetz nicht gleich gemacht werden können“ (Blum 2002: 170). Dies lässt sich übrigens auch in der Europäischen Union feststellen: Obwohl in der EU alle Dokumente in den momentan (2010) 23 Amtssprachen veröffentlicht werden, ist die Zahl der Arbeitssprachen auf drei (Englisch, Französisch, Deutsch) beschränkt, wobei die Tendenz zur ausschließlichen Verwendung des Englischen immer stärker wird.

Sprachpolitik muss je nach dem beabsichtigten Ziel die Ungleichheit von Sprachen als Faktum anerkennen und damit umgehen: „Falls es erstrebenswert ist, die sprachliche Vielfalt einer Gesellschaft zu bewahren (was aus rein kommunikativen Gründen nicht notwendig ist), muss daher auch diese Ungleichheit in der Gesetzgebung ihre Widerspiegelung finden. So könnten ‚kleine und schwache‘ Sprachen *ungleich* besser behandelt werden als ‚große und starke‘“ (ebd.: 170). Es ist jedoch fraglich, ob eine größere Stärkung oder sogar Bevorzugung kleinerer Sprachen per Gesetz etwas an den tatsächlichen Verhältnissen ändern kann (ebd.: 55-56). Zudem könnten Vertreter größerer Sprachen derar-

tige Gesetze zum Vorwand nehmen, um aufgrund der offiziellen Ungleichbehandlung ihrer Sprachen Nationalismus zu schüren. Denn ob eine Sprache tatsächlich bedroht ist, ist weniger wichtig als der politische Wille, diese Sprache als bedroht darzustellen. Ein Beispiel dafür ist die Debatte in den USA darüber, dass Englisch geschützt werden sollte, indem es offiziell zur Amtssprache in den USA erklärt wird (vgl. dazu den Sammelband González/Melis 2001). Dabei gilt: „The ultimate irony of all this activity in defense of English is that there was never a culture or a language so little in need of official support“ (Kaplan/Baldauf 2001: 305).

Das Thema *Sprache* ließe sich möglicherweise weniger politisieren, wenn sich in der Öffentlichkeit das Bewusstsein verbreiten würde, dass eine absolute Gleichheit von Sprachen in Prestige, Status und Funktion ein unrealistisches und unerreichbares Ziel wäre (Blum 2002: 170).

Bibliographie

- Altermatt 1996: U. Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo: Ethnonationalismus in Europa*, Paderborn u.a. 1996.
- Ammon 1995: U. Ammon, *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz: das Problem der nationalen Varietäten*, Berlin-New York 1995.
- Ammon 2000: U. Ammon, *Sprache – Nation und die Plurinationalität des Deutschen*, in: A. Gardt (Hrsg.), *Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart*, Berlin-New York 2000, S. 509-524.
- Behschnitt 1980: W.D. Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914*, München 1980.
- Babić 2004: S. Babić, *Hrvanja hrvatskoga*, Zagreb 2004.
- Blum 2002: D. Blum, *Sprache und Politik. Sprachpolitik und Sprachnationalismus in der Republik Indien und dem sozialistischen Jugoslawien (1945-1991)*, Heidelberg 2002.
- Brockmeier 2001: J. Brockmeier, *Texts and Other Symbolic Spaces*, in: “Mind, Culture, and Activity”, VIII, 2001, 3, S. 215-230.
- Bunčić 2008: D. Bunčić, *Die (Re-)Nationalisierung der serbokroatischen Standards*, in: S. Kempgen u.a. (Hrsg.), *Deutsche Beiträge zum 14. Internationalen Slavistenkongress, Ohrid 2008*, München 2008, S. 89-102.

- Busch 2004: B. Busch, *Beitrag zur Diskussion*, in: B. Busch, H. Kelly-Holmes (Hrsg.), *Language, Discourse and Borders in the Yugoslav Successor States*, Clevedon 2004, S. 59.
- Bußmann 2002: H. Bußmann (Hrsg.), *Lexikon der Sprachwissenschaft*, Stuttgart 2002³.
- Coulmas 1993-1994: F. Coulmas, *Language Policy and Planning: Political Perspectives*, "Annual Review of Applied Linguistics" XIV, 1993-1994, S. 34-52.
- Crystal 2003: D. Crystal, *A Dictionary of Linguistics and Phonetics*, Oxford 2003.
- Eschbach u.a. 1996: A. Eschbach, E. Hess-Lüttich, J. Trabant, *Erklärung der Kodikas/Code-Redaktion zum Artikel von Dubravko Škiljan*, "Kodikas/Code. Ars Semeiotica" XIX, 1996, 4, S. 391.
- Gak 1989: V.G. Gak, *K tipologii form jazykovej politiki*, "Voprosy jazykoznanija" 1989, 5, S. 104-133.
- Gellner 1999: E. Gellner, *Nationalismus*, Berlin 1999.
- González, Melis 2001: R. D. González, I. Melis, (Hrsg.), *Language Ideologies: Critical Perspectives on the Official English Movement*, Mahwah 2001.
- Greenberg 2001: R. Greenberg, *Language, Nationalism and the Yugoslav Successor States*, in: C. Reilly (Hrsg.), *Language, Ethnicity and the State*, London/New York 2001, S. 17-43.
- Greenfeld 2001: L. Greenfeld, *Nationalism and Language*, in: R. Mesthrie (Hrsg.), *Concise Encyclopedia of Sociolinguistics*, Amsterdam u.a. 2001, S. 662-669.
- Gröschel 2001: B. Gröschel, *Bosnisch oder Bosniakisch? Zur glottonymischen, sprachpolitischen und sprachenrechtlichen Fragmentierung des Serbokroatischen*, in: U. H. Waßner (Hrsg.), *Lingua et linguae. Festschrift für Clemens-Peter Herbermann zum 60. Geburtstag*, Aachen 2001, S. 159-188.
- Gröschel 2003: B. Gröschel, *Postjugoslavische Amtssprachenregelungen – Soziolinguistische Argumente gegen die Einheitlichkeit des Serbokroatischen?*, "Srpski jezik" VIII, 2003, 1-2, S. 135-196.
- Gröschel 2009: B. Gröschel, *Das Serbokroatische zwischen Linguistik und Politik. Mit einer Bibliographie zum postjugoslavischen Sprachenstreit*, München 2009.
- Howard, Gill 2001: S. Howard, J. Gill, *'It's like we're a normal way and everyone else is different': Australian children's construc-*

- tions of citizenship and national identity, "Educational Studies" XXVII, 2001, 1, S. 87-103.
- Hübner 1994: K. Hübner, *Nation und Mythos*, in: C. Friedrich, B. Menzel (Hrsg.), *Osteuropa im Umbruch*, Frankfurt am Main u.a. 1994, S. 29-44.
- Jacobsen 2007: P. Jacobsen, *Otvoreno pismo predsjedništvu HAZU*, "Književna republika", V, 2007, 7-9, S. 220-223.
- Kaplan, Baldauf 2001: R.B. Kaplan, R.B. Baldauf, *Not Only English: English Only and the World*, in: R. D. González, I. Melis (Hrsg.), *Language Ideologies: Critical Perspectives on the Official English Movement*, Mahwah 2001, S. 293-315.
- Kohn 1962: H. Kohn, *Die Idee des Nationalismus*, Hamburg 1962.
- Konrad 1994: G. Konrad, *Von den Schwierigkeiten der Scheidung*, in: D. Schlegel (Hrsg.), *Der neue Nationalismus*, Schwalbach 1994, S. 32-48.
- Kordić 2004a: S. Kordić, *Die aktuelle Sprachzensur in Kroatien*, in: B. Symanzik, G. Birkfellner, A. Sproede (Hrsg.), *Sprache – Literatur – Politik: Osteuropa im Wandel*, Hamburg 2004, S. 259-272.
- Kordić 2004b: S. Kordić, *Pro und kontra: 'Serbokroatisch' heute*, in: M. Krause, Ch. Sappok (Hrsg.), *Slavistische Linguistik 2002: Referate des XXVIII. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens, Bochum 10.9.-12.9.2002*, München 2004, S. 97-148.
- Kordić 2006a: S. Kordić, *Filologija laži: Uz knjigu Stjepana Babića Hrvanja hrvatskoga*, "Književna republika", IV, 2006, 9-10, S. 154-181.
- Kordić 2006b: S. Kordić, *Sprache und Nationalismus in Kroatien*, in: B. Symanzik (Hrsg.), *Studia Philologica Slavica: Festschrift für Gerhard Birkfellner zum 65. Geburtstag gewidmet von Freunden, Kollegen und Schülern*, I, Berlin 2006, S. 337-348.
- Kordić 2007: S. Kordić, *La langue croate, serbe, bosniaque et monténégrine*, "Au sud de l'Est", III, 2007, S. 71-78.
- Kordić 2008a: S. Kordić, *Nationale Varietäten der serbokroatischen Sprache*, in: B. Golubović, J. Raecke (Hrsg.), *Bosnisch-Kroatisch-Serbisch als Fremdsprachen an den Universitäten der Welt*, München 2008, S. 93-102.
- Kordić 2008b: S. Kordić, *Purismo e censura linguistica in Croazia oggi*, "Studi Slavistici", V, 2008, S. 281-297.

- Kordić 2009: S. Kordić, *Plurizentrische Sprachen, Ausbausprachen, Abstandsprachen und die Serbokroastistik*. "Zeitschrift für Balkanologie", XLV, 2009, 2, S. 210-215.
- Kordić 2010a: S. Kordić, *Moderne Nationalbezeichnungen und Texte aus vergangenen Jahrhunderten*, "Zeitschrift für Balkanologie", XLVI, 2010, 1, S. 35-43.
- Kordić 2010b: S. Kordić, *Jezik i nacionalizam*. Zagreb 2010.
- Lemberg 1964: E. Lemberg, *Nationalismus*, I-II, Reinbek 1964.
- Mappes-Niediek 2005: N. Mappes-Niediek, *Die Ethno-Falle. Der Balkan-Konflikt und was Europa daraus lernen kann*. Berlin 2005.
- Mattusch 1999: H.-J. Mattusch, *Vielsprachigkeit: Fluch oder Segen für die Menschheit?*, Frankfurt am Main 1999.
- Miedlig 1994: H.-M. Miedlig, *Zur Frage der Identität der Muslime in Bosnien-Herzegowina*. "Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte", II, 1994, S. 23-42.
- Richter Malabotta 2004: M. Richter Malabotta, *Semantics of War in Former Yugoslavia*, in: B. Busch, H. Kelly-Holmes (Hrsg.), *Language, Discourse and Borders in the Yugoslav Successor States*, Clevedon 2004, S. 78-87.
- Riedel 2005: S. Riedel, *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*. Wiesbaden 2005.
- Riedel 2006: S. Riedel, *Regionaler Nationalismus. Aktuelle Gefahren für die Europäische Integration*. Berlin 2006.
- Riedel 2007: S. Riedel, *Kriegsgeschichte(n). Interpretationen zum Jugoslawienkrieg*, in: F. Wenninger, P. Dvořák, K. Kuffner (Hrsg.), *Geschichte macht Herrschaft*, Wien 2007, S. 21-32.
- Sofos 1996: S. Sofos, *Culture, Politics and Identity in Former Yugoslavia*, in: B. Jenkins, S. Sofos (Hrsg.), *Nation and identity in contemporary Europe*, London-New York 1996, S. 251-284.
- Spolsky 2004: B. Spolsky, *Language Policy*. Cambridge 2004.
- Sundhaussen 1993: H. Sundhaussen, *Nationalismus in Südosteuropa, Plenumsdiskussion*, in: B. Faulenbach, H. Timmermann (Hrsg.), *Nationalismus und Demokratie*. Essen 1993. S. 44-48, 48-67.
- Turczynski 1976: E. Turczynski, *Konfession und Nation*. Düsseldorf 1976.